

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 5. Februar 1954

Blatt 163

Halbzeit im Wiener Fasching

Die Wiener tanzen trotz der Kälte - Besucherzahlen wie im Vorjahr

5. Februar (RK) Der Wiener Fasching dürfte auch heuer wieder erst im Februar seinen Höhepunkt erreichen. Diesmal umsomehr, als das Wetter im Jänner der Ballsaison schlecht gewogen war. Nach heftigen Schneefällen folgte Tauwetter und zur Verzweiflung vieler Ballveranstalter brach am Monatsende auch noch die starke Frostperiode ein.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es heuer am Faschingsbeginn weniger Veranstaltungen, was auch auf die längere Faschingszeit zurückzuführen ist. Im Hinblick auf die schlechte Witterung war der Besuch der Faschingsveranstaltungen im Jänner bei weitem nicht so schlecht, wie man nach vereinzeltten Berichten vielleicht schließen könnte. Dem Referat Vergnügungs- und Getränkesteuer wurden bis einschließlich 3. Februar 1.027 Bälle angemeldet. Unter den 195 größeren Veranstaltungen sind 96 Bälle, bei denen die Kartenaufgabe mehr als 1.000 Stück beträgt. Fast ein Viertel der Ballveranstaltungen wurde erst in den ersten Februartagen angemeldet.

Wie aus einem Bericht über den Verlauf der ersten Hälfte der heurigen Ballsaison hervorgeht, haben sich die Wiener selbst durch die Ungunst der Witterung vom Faschingsvergnügen nicht abhalten lassen. Die größeren Ballveranstaltungen im Jänner weisen Besucherzahlen auf, die nur um weniger kleiner sind als die des Jäanners 1953. Bei drei großen Bällen im Konzerthaus wurden heuer

im Durchschnitt nur um etwa hundert Personen weniger gezählt als im Vorjahr. Fünf Bälle im Sphiensaal wurden von 17.838 Gästen besucht gegenüber 18.703 im Vorjahr. Es gab sogar Ballveranstaltungen, die heuer besser besucht waren.

Im Rathaus werden noch einige hundert Nachzügler erwartet. Es steht außer Zweifel, daß auch heuer die Zahl der Bälle wieder die "Zweitausender"-Grenze überschreiten wird. Ungeachtet des Aschermittwochs, an welchem Tage der Fasching kalendermäßig sein Ende hat, wurden bereits Ballveranstaltungen für Mitte März angemeldet.

Warnung vor Schwindlern!
=====

5. Februar (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien warnt aus gegebenem Anlaß vor Agenten, Hausierern und anderen Personen, die sich fälschlich auf dieses Amt berufen und sich dadurch Zutritt in Wohnungen verschaffen wollen. Die Organe der städtischen Gesundheitsämter weisen sich durch ihre Dienstlegitimation mit Lichtbild aus und betreiben keinerlei geschäftliche oder Sammeltätigkeit.

Institut für Wissenschaft und Kunst
=====

Wien 7, Museumstraße 5

Vorträge in der Woche vom 8. bis 13. Februar

5. Februar (RK)

Montag, 8. Februar, 18.30 Uhr, Dr. Hermann Robl:

Die Quantenmechanik.

Mittwoch, 10. Februar, 16 Uhr, Univ.Ass.Dr. Wilhelm Solms:

Das Publikum der Gaststätten - Probleme des Alkoholismus.

Donnerstag, 11. Februar, 19 Uhr, Dr.med. Rudolf Felkel:

Psyche und Krankheit - Probleme der psycho-somatischen Medizin. (Mit Lichtbildern.)

Musikveranstaltungen in der Woche vom 8. bis 14. Februar

5. Februar (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 8. Febr.	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Alfred Cortot (Werke von Fr. Chopin)
Dienstag 9. Febr.	Brähmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Marjorie Mitchell
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: Aufführung der Tanzspiele "Der Schulmeister" und "Aschenbrödel - einmal anders" (für Schüler)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 4.Aband im Zyklus V, Wiener Kon- zerthausquartett (Werke von Mozart und Beethoven)
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Dr. Walter Wlcek (Klarinette), Hilde Langfort (Klavier) und Robert Scheiwein (Cello) spielen Werke von Johannes Brahms
Mittwoch 10. Febr.	Gr.M.V.Saal 15.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 1.Konzert im Abonnementzyklus für Schüler (Wiener Symphoniker, Diri- gent Franz Litschauer)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 1.Konzert im Ravag-Zyklus "Musik der Gegenwart" (Wiener Symphoni- ker, Dirigent Wilhelm Schüchter)
	Kammersaal (MV) 19.30	Konzertaufführung der Oper "Un- dine" von G.A. Lortzing (Einrich- tung und musik. Leitung Josef Laska)
Donnerstag 11. Febr.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Smetana-Quartett (Prag)
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Franz Schmidt - Gedenkstunde zum 15. Todestag; Mitwirkende: Das Steinbauer-Quartett, Prof. Bruno Seidlhofer, Prof. Leopold Wlach
Freitag 12. Febr.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)

5. Februar 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 166

Freitag 12. Febr.	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: (Hausmusik in der Familie" (Eltern musizieren mit ihren Kindern); Ausführende: Familien aus Marga- rethen
Samstag 13. Febr.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
	Gr.M.V.Saal 15.00	Sendergruppe Rot-Weiß-Rot: Öffentl. Rundfunkkonzert (Wiener Philharmoniker, Dirigent Tauno Hannikainen)
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Opernfragmente; Klasse Kammer- sänger Prof. Hans Duhan (Werke von Tschaiowsky, Mozart, Verdi und R. Strauß)
Sonntag 14. Febr.	Gr.M.V.Saal 15.00	Konzert der Wiener Sängerknaben; Leitung Harald Hedding und Robert Kühbacher
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wiener Symphoniker: Konzert zugunsten der Lawinen- opfer; Dirigent Prof. Anton Paulik
	Mozartsaal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 3.Konzert im Zyklus VI; Kammer- orchester der Wr.KHG; Solisten W.Boskowsky (Violine), N.Yepes (Gitarre); Dirigent Heinrich Holl- reiser

Pferdemarkt vom 2. Februar
=====

5. Februar (RK) Aufgetrieben wurden 281 Pferde, davon
36 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 260 verkauft, unverkauft
blieben 21. Der Marktverkehr war flau.

Herkunft der Tiere: Wien 14, Niederösterreich 124, Burgen-
land 37, Oberösterreich 86, Steiermark 18, Kärnten 1, Tirol 1.

Ferkelmarkt vom 3. Februar
=====

5. Februar (RK) Aufgebracht wurden 57 Ferkel, verkauft
wurden 33. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu
6 Wochen 275 S, 8 Wochen 300 S, 10 Wochen 228 S.

Der Marktbetrieb war sehr flau.

Wiener Landtag

=====

5. Februar (RK) Heute vormittag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Präsidenten Marek zu einer Sitzung zusammen. Von der ÖVP wurde ein Antrag auf ein "Investitionsbegünstigungsgesetz" eingebracht. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wurde an Stelle von Stadtrat Lakowitsch als Mitglied des Bundesrates Kommerzialrat Otto Mitterer einstimmig zum Bundesrat gewählt.

Stadt Wien investiert 493 Millionen für Winterarbeit

Der Vorsitzende machte nun dem hohen Haus die Mitteilung, daß sich der Landeshauptmann zu Wort gemeldet habe. Landeshauptmann Jonas führte aus: Die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der letzten Zeit hatte dazu geführt, daß die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsbeschaffung in der Öffentlichkeit besonders eingehend behandelt werden. Ich halte es daher für zweckmäßig, den Landtag von jenen Maßnahmen zu informieren, die von der Stadt Wien zur Arbeitsbeschaffung im Winter eingeleitet wurden. Aus den Meldungen der Arbeitsämter geht hervor, daß am 31. Jänner in Wien 81.130 Arbeitslose vorgemerkt waren; das sind um 12.089 mehr als Ende Dezember 1953. Wenn man jedoch diese Ziffer mit der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen vor einem Jahr, Ende Jänner 1953, vergleicht, stellt sich heraus, daß heuer um 1.408 Arbeitslose weniger vorgemerkt sind.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Stadt Wien auch für diesen Winter in mehrfacher Weise vorgesorgt, um Arbeit und Aufträge für möglichst viele verschiedene Wirtschaftszweige erteilen zu können. Es wurde nicht nur an das Bauhaupt- und Nebengewerbe gedacht, sondern auch daran, möglichst viele andere Wirtschaftszweige miteinbeziehen zu können. Man hat sich auch bemüht, möglichst viele Aufträge vorzeitig zu erteilen. Für Textilien, Bekleidung und Schuhe wurden in der Hoheitsverwaltung von Anfang Dezember bis Mitte Februar Aufträge in der Höhe von 10,267.000 Schilling ausgegeben. Hiefür werden Uniformen und Dienstkleider, Bekleidung für Fürsorge-

zwecke, Spitalswäsche und anderes angeschafft. Auch die Stadtwerke haben für die gleichen Wirtschaftszweige einen Betrag von einer Million Schilling ausgegeben. Das Beschaffungsamt hat in der gleichen Zeit für Kanzleibedarf, für Druckaufträge, Papier, Einrichtungsgegenstände, Möbel und andere Sachgüter den Betrag von 5,690.000 Schilling ausgegeben. Die Stadtwerke haben für ihre Winterarbeiten den Gesamtbetrag von 150,900.000 Schilling vorgesehen; darunter sind Baraufträge für 31,5 Millionen, Bestellungen für Rohstoffe mit 45 Millionen und für die Gasgemeinschaft 23,4 Millionen Schilling.

Es ist selbstverständlich, daß jenen Arbeiten besonderes Augenmerk zugewendet wurde, die innerhalb der Bauabteilung vergeben werden können. Hier hatten wir vor allem das Bestreben, die Bauten schon während der normalen Bauzeit so weit vorzutreiben, daß bei Eintritt der schlechten Witterung in Inneren weitergearbeitet werden kann. Dazu zählt man auch wie in den vergangenen Jahren das Mansardenbauprogramm.

Für ausgesprochene Winterarbeiten - das sind jene Arbeiten, die programmgemäß von 1. Dezember bis 31. März durchgeführt werden sollen - ist ein Betrag von 147,540.000 Schilling vorgesehen. Dieser Betrag ist um 10 Millionen Schilling höher als in der vergangenen Winterbausaison, darin sind 8,1 Millionen Schilling Mehrkosten für Winterarbeiten miteingeschlossen, die die Stadt Wien zum Teil wieder in Form der produktiven Arbeitslosenfürsorge zurückbekommt. Zu diesen 147,540.000 kommen noch 100 Millionen Schilling für jene Bauarbeiten, die weitergeführt werden. Mit diesen Beträgen sollten ungefähr 10.000 Arbeiter während des ganzen Winters hindurch beschäftigt werden können.

Der Beschäftigtenstand hat sich nun in den letzten Wochen folgendermaßen entwickelt: am 4. Dezember wurden an den städtischen Baustellen/^{und} in den für sie arbeitenden Werkstätten 19.662 Arbeiter gezählt, am 23. Dezember - 17.523, am 8. Jänner - 14.576 und am 29. Jänner wurden 12.248 Arbeiter gezählt. Die Aufteilung der letzten Zahl ergibt, daß an den Baustellen direkt 10.786 Arbeitskräfte beschäftigt waren, darunter wieder allein beim Hochbau 7.913 Arbeiter.

Es wurde neben dieser Weiterführung von Bauarbeiten auch noch durch die Vorverlegung von Auftragserteilung versucht,

das Baunebengewerbe, das Baustoffgewerbe und das Baubedarfs-
gewerbe zu beschäftigen. Es wurden Aufträge in der Höhe von
42 Millionen Schilling für verschiedene Baustoffe erteilt,
dieser Betrag soll uns 106.000 Tonnen Baumaterial bringen.
Hinzu kommen noch 78 Millionen Schilling für verschiedenen
Baubedarf.

Zusammengerechnet ergibt sich also, daß von der Gemeinde
Wien für die Wintermonate der Betrag von mehr als 493 Millio-
nen Schilling ausgegeben wird. Man kann feststellen, daß die
Stadt Wien das Ziel, 10.000 Bauarbeiter an den Baustellen zu
beschäftigen nicht nur erreicht, sondern überschritten hat.

Abschließend sagte Landeshauptmann Jonas: Aus diesen Zah-
len glaube ich mit Bestimmtheit und mit voller Überzeugung
sagen zu können, daß unter den jetzt herrschenden Umständen
die öffentlichen Investitionen nicht nur für die Wirtschaft
der Gemeinde, sondern für die gesamte Wirtschaft von überra-
gender Bedeutung sind. Alle diese Arbeiten und Aufträge geben
uns das Recht zu sagen, daß von uns aus alle Möglichkeiten
für die Beschaffung von Arbeit voll ausgenützt wurden; viel-
leicht darf die Stadt Wien auch das Verdienst in Anspruch neh-
men, ein wenig dazu beigetragen zu haben, daß die Entwicklung
der Arbeitslosigkeit in Wien wesentlich günstiger ist als in
den anderen Bundesländern. Es sind nur zwei Bundesländer, die
im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres eine geringe Sen-
kung der Arbeitslosenziffer aufweisen, das sind Vorarlberg
und Wien. Ich bitte meine Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen!
(Beifall bei den Sozialisten.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Altmann (LBl.) wird über die Er-
klärung des Bürgermeisters die Debatte eröffnet.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) erklärt, die Arbeitslosigkeit,
die in Österreich nahezu 300.000 Menschen ergriffen habe, sei
ein Alarmsignal, unverzüglich alle Kräfte zusammenzufassen,
um dem weiteren Steigen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken
und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Unglückes zu
treffen. Der Wiener Landtag sollte sich der Forderung des Ge-
werkschaftsbundes nach einem Abbaustopp in den öffentlichen
und privaten Unternehmen anschließen. Ohne die derzeitigen
Leistungen der Gemeinde bei den Stadtwerken und vor allem auf
dem Gebiete des Wohnungsbaues zu unterschätzen, müsse noch

mehr geschehen. Durch eine noch verstärkte Arbeitsbeschaffung sollte sich die Stadt Wien an die Spitze aller Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellen und insbesondere größere Projekte fördern. Als solche nennt der Redner den Bau eines zweiten Stadtbahnringes, die Donaukraftwerke Ybbs-Personbeug und schließlich die Untergrundbahn.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Bei der folgenden Abstimmung beschließt der Landtag, die Ausführungen des Landeshauptmannes zur Kenntnis zu nehmen.

Hierauf schließt Präsident Marek die Sitzung des Landtages.

Wiener Gemeinderat

=====

5. Februar (RK) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zur ersten Sitzung des heurigen Jahres zusammen. Im Einlauf befanden sich vier Anfragen der WdU, eine des Linksblocks und zwei der ÖVP; ferner zwei Anträge der WdU, drei Anträge des Linksblockes und zwei Anträge der ÖVP. Außerdem wurde von der ÖVP eine Anfrage, betreffend die Einhebung der Getränkesteuer gestellt, über die am Schluß der Sitzung verhandelt werden soll.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte sodann über eine Änderung des Kollektivvertrages für die Arbeiter und Angestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien. Die Änderung sieht eine Besserstellung auf dem Gebiete der Deputatfelder und eine Regelung der Umrechnungssätze für nicht in Anspruch genommenes Brennholz vor.

GR. Lifka (ÖVP) bedauert die Verzögerung bei der Behandlung dieser Punkte des Kollektivvertrages. Auch alle übrigen Fragen auf diesem Gebiete müßten einer raschen Erledigung zugeführt werden.

Stadtrat Sigmund erklärt, daß die Verhandlungen optisch wohl lang erscheinen. Dies wirke sich jedoch für den betroffenen Personenkreis nicht nachteilig aus, da die Änderung rückwirkend auf den Beginn des Wirtschaftsjahres 1953, also

mit 1. Juli 1953, beschlossen werde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die Bedingungen für das Säuglingswäschepaket

GR. Nora Hiltl (ÖVP) berichtet über eine Änderung in den Bedingungen zur Erlangung des Säuglingswäschepaketes. Bisher war dazu eine Meldung im dritten Schwangerschaftsmonat beim Bezirksjugendamt des Wohnbezirkes mit dem Nachweis der Schwangerschaft erforderlich. Diese frühzeitige Meldung soll nunmehr wegfallen, die Wassermannprobe im dritten Schwangerschaftsmonat jedoch bestehen bleiben. Die neuen Bedingungen lauten nunmehr:

1.) Anmeldung um das Säuglingswäschepaket vor der Entbindung im Bezirksjugendamt des Wohnbezirkes unter Vorlage des Ergebnisses der im 3. Schwangerschaftsmonat durchgeführten Wassermannreaktion; bei positiver Wassermannreaktion ist die Bestätigung der Behandlung beizulegen.

2.) Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft oder der volksdeutschen Zugehörigkeit.

3.) Nachweis des ständigen Aufenthaltes in Wien; hiebei ist ein Mindestaufenthalt von sechs Monaten nachzuweisen.

GR. Martha Burian (WdU) meint, der Nachweis eines Mindestaufenthaltes von sechs Monaten könne in manchen Fällen zu einer sozialen Härte führen. Da nicht alle werdenden Mütter das Säuglingswäschepaket beanspruchen, sollte man verpflichtendere Maßnahmen erwägen, um die Wassermannprobe allgemein durchführen zu können.

Berichterstatterin Hiltl verweist darauf, daß die Voraussetzung eines sechsmonatigen Aufenthaltes schon bisher bestanden hat, weil sonst unter Umständen auch Mütter, die sich nur auf der Durchreise in Wien befinden, das Wäschepaket beziehen könnten. Zu der Erfassung aller schwangeren Mütter für die Wassermannuntersuchung hat das Gesundheitsamt unter anderem auch durch die Gesundenuntersuchung beigetragen. Es ist jedoch nicht möglich, hier einen diktatorischen Zwang auszuüben, daß jede werdende Mutter sich einer Untersuchung unterzieht. Nach dem nunmehrigen Antrag des Stadtsenates können Mütter, wenn sie im dritten Monat die Wassermannprobe vorneh-

men ließen, sich auch noch knapp vor der Entbindung zum Bezug des Wäschepaketes anmelden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Neue Baulinien in Ottakring

Stadtrat Thaller (SPÖ) berichtet hierauf über eine Flächenwidmungsneubestimmung für das Gebiet zwischen der Ottakringer Straße, Hubergasse, Kirchstetterngasse, Gaullachergasse und Reinhartgasse. Für zwei Baublöcke dieses Gebietes, in dem einige zerbombte Häuser liegen, sollen neue Baulinien geschaffen werden.

GR. Arch. Lust (ÖVP) erklärt dazu, die Ordnungsgewalt der Gemeinde müsse auf einen harmonischen Ausgleich der Interessen aller hinarbeiten, denn die Achtung der Gleichheit vor dem Gesetze sei ein fundamentales Erfordernis. Bei einer zielvollen Planung müßten alle Eingriffe in die Privatrechte der einzelnen, die dem Wohle der Allgemeinheit geopfert werden, ihre volle Refundierung durch eine möglichst gleiche und gerechte Aufteilung der Lasten, durch eine wirkliche Wertberichtigung finden. Das Eigentumsrecht sei insbesondere bei Realkleinbesitz ein sehr empfindliches Recht, auf das man bei allen Aufschließungen und Flächenwidmungsänderungen Rücksicht nehmen müsse.

Die vorliegende Flächenwidmung bringe eine derartig ungleiche Aufteilung von Lasten und Vorteilen, daß die Gleichheit vor dem Gesetz verletzt erscheine. So werde zum Beispiel, um eine zweite Ausfahrt für eine Garage zu schaffen, ein öffentlicher Platz und eine Gasse errichtet, wobei fremde Eigentümer ihr Realeigentum aufgeben müßten.

Wir brauchen, sagt Redner, ein organisches Programm für alle speziellen Erfordernisse einer modernen Stadtplanung. Derzeit begnügt man sich mit der Anfertigung von Mosaikstücken, ohne sich im klaren zu sein, ob diese Mosaikstücke in das Gesamtbild hineinpassen. Man richtet die Flächenwidmungsänderungen nach ganz nebensächlichen Dingen und stellt eine Garage in den Mittelpunkt der Planung. Wir verlangen, daß der Gedanke einer rechten Wertkommensur ernsthaft geprüft werde. Wir brauchen ein vernünftiges Gesamtkonzept, bei dem die Wirtschaftlichkeit nicht die alleinige Grundlage sein darf. Die-

ser Vorlage könne die ÖVP nicht ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der Volkspartei.)

Stadtrat Thaller bemerkt dazu, die Rede des GR. Lust sei voller Widersprüche gewesen, wie sie in der Planungspolitik der ÖVP immer wieder zum Ausdruck kommen. Wie können wir das ~~Aussehen~~ unserer Stadt ändern, wenn wir nicht manchmal auch Eingriffe in das Eigentum des einzelnen vornehmen? Das gesamte Interesse dieser Stadt muß über den Einzelinteressen stehen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir wären der ÖVP sehr dankbar, wenn sie im Nationalrat einem modernen Bodenbeschaffungsgesetz ihre Zustimmung geben würde. Bei diesen beiden Baublöcken in Ottakring handelt es sich um die typische Art der Verbauung, die vor 100 Jahren begonnen hat und alle Hinterhöfe für Bauzwecke ausnützt. Wenn wir das Stadtbild auflockern wollen, müssen wir freie Räume schaffen. Auch auf Garagen, die heute außerordentlich notwendig sind, muß man Rücksicht nehmen.

Der große Stadtplan besteht aus tausenden von kleinen Mosaiksteinchen, die wir eines nach den anderen zusammenfügen müssen. Die große Planung ist gegeben, die Details kann man aber nur ausführen, wenn ein entsprechender Anlaß gegeben ist. Es wäre sinnlos, alle Einzelheiten für das ganze Stadtgebiet zu einem Zeitpunkt durchzuführen, in dem man die Entwicklung noch nicht zur Gänze voraussehen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der ÖVP angenommen.

Umbau von vier Kreuzungen

GR. Fürstenhofer (SPÖ) referierte über einen Antrag, der die Abänderung von vier niveaugleichen Kreuzungen im 13. Bezirk zwischen der Verbindungsbahn und Hietzinger Hauptstraße, Veitingergasse, Jagdschloßgasse und Versorgungsheimstraße vorsieht. Wie der Referent ausführte, wurde schon 1952 von einer Kommission festgestellt, daß der wachsende Verkehr den Umbau der Kreuzungen notwendig macht. Er ersuchte um die Genehmigung seines Antrages. Die Gesamtkosten betragen 330.000 Schilling; die Hälfte davon sollen die Österreichischen Bundesbahnen übernehmen.

Dr. Soswinski (LBl.) nimmt diesen Antrag zum Anlaß, um von einer Elektrifizierung der Vorortelinien zu sprechen.

Man müsse bei dem projektierten Umbau schon auf eine Elektrifizierung Rücksicht nehmen. Bei der Beseitigung der Verkehrsmisere in Wien könne ein solches Projekt nicht mehr losgelöst von den anderen behandelt werden. Ein intensives Studium aller Probleme und die Behandlung aller Fragen zwischen Bundesbahn und Gemeinde Wien seien notwendig, damit die Bevölkerung in absehbarer Zeit eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erhält.

GR. Fürstenhofer bezeichnete die von Dr. Soswinski erwähnten Projekte im gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht realisierbar. Man möge doch bedenken, daß die Vorortelinien seinerzeit aus strategischen Gründen errichtet wurden und noch heute durch nur schwach besiedeltes Gebiet führen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Flughafen und Autobahn

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert einen Antrag auf nachträgliche Genehmigung der Beteiligung der Stadt Wien an der Wiener Flughafenbetriebsgesellschaft mit einer Stammeinlage von 250.000 Schilling. Die Gründung der Gesellschaft wurde bereits durchgeführt, das Stammkapital beträgt eine Million Schilling, davon bezahlen 50 Prozent die Republik Österreich, Wien und Niederösterreich übernehmen je 25 Prozent. Vorläufig wird nur ein Viertel des Betrages eingezahlt.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) stellt grundsätzlich fest, daß Wien für die Luftfahrt durch seine zentrale Lage im europäischen Kontinent eine ganz besondere Bedeutung zukommt. Es ist deshalb selbstverständlich, daß dieser Stadt zumindest ein moderner Großflughafen zur Verfügung steht. Der Redner beschäftigt sich dann mit den Umständen, unter denen es zur Gründung der Wiener Flughafenbetriebsgesellschaft kam. Er kritisiert vor allem, daß in der entscheidenden Sitzung die Vertreter des Verkehrsministeriums der Stadt Wien gegen die Beteiligung der Handelskammer, des Aero-Clubs und auch des Landes Niederösterreich Stellung nahmen. Nach weiteren Verhandlungen konnte am 11. Dezember die erste Aufsichtsratssitzung stattfinden. Dabei waren jedoch nur sieben Aufsichtsratsmitglieder erschienen, statt acht. Nationalrat Polcar, der Präsident des Österreichischen Aero-Clubs, sollte als einer der

beiden Wiener Vertreter in den Aufsichtsrat entsendet werden. Die sozialistischen Mitglieder der Wiener Landesregierung lehnten jedoch diesen Vorschlag ab, obwohl dies in keiner Weise sachlich begründet war. Zum erstenmal ist der Fall eingetreten, daß eine politische Partei einer anderen vorschreiben will, wem sie entsenden darf. Durch das Eingreifen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers wurde schließlich der Entsendung zugestimmt, sodaß in der dritten Aufsichtsratssitzung Nationalrat Polcar als zweiter Vorsitzender des Aufsichtsrates einstimmig gewählt wurde.

Abschließend sagte der Redner, es sei nun zu hoffen, daß die Tätigkeit der Wiener Flughafenbetriebsgesellschaft in Zukunft zielstrebig und erfolgreich sein wird, damit unsere Stadt über einen im internationalen Flugverkehr konkurrenzfähigen Flughafen verfügen können wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Afritsch (SPÖ) meint, den sachlichen Ausführungen von GR. Dr. Fiedler wäre nicht viel hinzuzufügen. Alle wissen, daß Wien einen Flughafen benötigt und wissen auch, daß Schwierigkeiten waren, bis österreichische Dienststellen einen Flughafen vorerst übernehmen konnten. Stadtrat Afritsch nimmt dann zu den politischen Ausführungen seines Vorredners Stellung und betont, daß sich die Stadtbaudirektion, der Amtsführende Stadtrat und der Bürgermeister schon seit langem mit diesen Problemen beschäftigen. Es liegen auch schon Projekte für den Schwechater Flughafen vor, die die Voraussetzung dafür sind, daß nun an die Verwirklichung des Flughafen-^{baues} geschritten werden kann. Was nun die Zusammensetzung der Gesellschaft und des Aufsichtsrates anlangt, so stand die Gemeinde Wien auf dem Standpunkt, daß nur öffentliche Körperschaften an der Gesellschaft beteiligt sein sollen. Niemals wurde aber ein Wort gegen die Beteiligung Niederösterreichs gesprochen. Dr. Fiedler hat auch Klage darüber geführt, daß Nationalrat Polcar abgelehnt wurde. Entscheidend war aber, daß die beiden Vertreter Wiens die Interessen der Stadt Wien vertreten. Nach dem Auftreten von Nationalrat Polcar in den Sitzungen beim Finanzministerium und auch aus seinen Äußerungen in der Presse zu schließen, kam man zu der Überzeugung, daß Polcar dazu nicht geeignet ist. (GR. Mühlhauser (ÖVP): Das ist unerhört, zu behaupten,

ein Wiener Nationalrat vertrete nicht die Wiener Interessen!) Es bestand die Gefahr, daß die Gründung der Flughafen-^{Betriebs-}gesellschaft und die Arbeit durch diese Auseinandersetzung verzögert wird, deshalb habe man dann letzten Endes zugestimmt. Wir glauben, schloß Stadtrat Afritsch, daß nun die organisatorischen Voraussetzungen für die Arbeit geschaffen sind und hoffen, daß wir recht bald mit der Arbeit beginnen können, damit Wien einen anständigen, repräsentativen Flughafen erhält. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Jodlbauer verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert sodann über die Beteiligung der Stadt Wien an der neu zu gründenden Autobahn-Gesellschaft m.b.H. mit einer Stammeinlage von 250.000 Schilling. Die Aufgabe der Gesellschaft wird es sein, ein Projekt für den Ausbau der Autobahn auszuarbeiten, die Kosten hierfür zu berechnen und für die Finanzierung zu sorgen. Ein Ausbau der Autobahn in die westlichen Länder erweise sich im Hinblick auf die fortschreitende Motorisierung als notwendig. Das Stammkapital soll von der Republik Österreich, den Ländern Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg, von den verstaatlichten Banken und der interessierten Privatwirtschaft aufgebracht werden. Wien wolle sich aus Fremdenverkehrsgründen und um sich entsprechenden Einfluß auf diesem Gebiete zu sichern, mit einer Stammeinlage beteiligen.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) bezeichnete die Gründung der Autobahn-Gesellschaft als eine große wirtschaftliche Maßnahme unseres Staates für die Zukunft. Durch den Bau der Autobahn wird das Arbeitslosenreservoir durch fünf bis sechs Jahre wesentlich verringert werden. Für unsere Stadt liege der Vorteil vor allem auf dem Sektor des Fremdenverkehrs und auch des Transportverkehrs. Die heutigen Verbindungsstraßen zwischen Wien und den westlichen Ländern entsprechen keineswegs mehr den Anforderungen; auch die hohen Unfallziffern seien Beweis hierfür. Eine Aufgabe der Gemeindeverwaltung sei es auch, innerhalb des Gemeindegebietes für entsprechende Anschlußstraßen an die Autobahn zu sorgen. Zur Finanzierungsfrage steht der

Redner auf dem Standpunkt, daß man auch ausländisches Kapital heranziehen müsse. Die wirtschaftliche Bedeutung und die Auswirkungen auf die Arbeitslosen rechtfertigen das Eingehen einer gewissen Verschuldung voll und ganz. Außerdem sei daran gedacht, die Autobahn als Mautstraße zu betreiben, sodaß für ihre Erhaltung und auch für eine Amortisation gesorgt wäre. GR. Dr. Fiedler erklärt, die Sozialistische Partei habe offene Angriffe gegen das Projekt des Autobahnbaues gerichtet, trotzdem gerade dadurch wesentlich zur Lösung des Arbeitslosenproblems beigetragen werden könnte. Er appelliert, alle Anstrengungen zur Gründung der eigentlichen Baugesellschaft und somit zum baldigen Bau der Autobahn zu unternehmen. Da eine Aktiengesellschaft in Aussicht genommen ist, wird sicherlich auch die Gemeinde Wien zur Beteiligung eingeladen werden. Sowohl der Ausbau des Flughafens als auch der Bau der Autobahn seien wichtige Bausteine im Wiederaufbauprogramm Österreichs.

GR. Dipl. Ing. Witzmann (SPÖ) stellt fest, allein die Tatsache, daß im Gemeinderat diese Vorlage eingebracht wurde, beweise die Zustimmung seiner Fraktion hierfür. Er bezeichnet es als selbstverständlich, daß alles was zur Arbeitsbeschaffung dient oder besser gesagt, vielleicht dazu dienen kann, von seiner Partei unterstützt wird. Sein Vorredner habe bereits darauf hingewiesen, daß die Autobahn-Gesellschaft drei entscheidende Aufgaben zu erfüllen habe, und zwar eine technische, eine juristische und eine finanzielle. In technischer Hinsicht müsse vorerst festgestellt werden, was an Baulichkeiten an technischen Plänen und an Unterlagen vorhanden ist; diese müssen dann ergänzt und Kostenvoranschläge erstellt werden.

Von einschneidender Bedeutung sei auch die juristische Frage der Eigentumsverhältnisse. In der Westzone wurde die Reichsautobahn der österreichischen Regierung in treuhändige Verwaltung übergeben. Dort besteht also die Möglichkeit des Bauens, in der Ostzone unterliegt sie jedoch als "deutsches Eigentum" dem Zugriff der Russen. Eine wichtige Frage sei die der Finanzierung, wenn sich vielleicht auch die bei der ersten Berechnung ermittelten Kosten von 3,9 Milliarden als etwas niedriger erweisen werden. Der Redner bezeichnet diesen Betrag

als ungeheuer groß, wenn man bedenkt, daß er aus der österreichischen Volkswirtschaft herausgezogen werden muß. Es sei ihm bekannt, daß der Finanzminister hierzu Weltbankkredite in Anspruch nehmen will. Es sei jedoch sehr schwer, derartige Kredite zu bekommen. Außerdem ist der Zinsfuß so hoch, daß es unmöglich ist, an eine Amortisation zu denken. Es gebe auch viele Menschen, die sich die Frage vorlegen, wenn man schon Milliardenbeträge aus der Volkswirtschaft herausziehen will, warum nicht zum Beispiel für die Lawinenverbauung, für die Wildwasserverbauung, warum nicht zur Fortsetzung der Kraftwerksbauten, zur Fortsetzung der Elektrifizierung, oder zur forcierten Schaffung von Wohnraum. Die Behandlung all dieser Fragen wurde vorerst von seiner Partei in Regierung und Parlament verlangt. Gerade die Österreichische Volkspartei habe im Jahre 1952 erklärt, es wären nicht einmal die Mittel vorhanden, um die wichtigsten Fragen zu lösen und es müsse Schluß gemacht werden mit den lang dauernden Investitionen. Wenn gesagt wurde, die Autobahn sei eine konsumnahe Investition, müsse darauf verwiesen werden, daß der Wohnungsbau wesentlich konsumnäher ist. (Beifall bei der SPÖ.) Sollten aber die sachlichen Erwägungen in technischer und finanzieller Hinsicht zum Bau der Autobahn führen, müsse gefordert werden, daß die Autobahn nicht an Wien vorbeiführen darf. Statistiken beweisen, daß der Verkehr zwischen Wien und St. Pölten am stärksten ist und Wien müsse daher bei der Planung der Autobahn in erster Linie berücksichtigt werden. Der Vertreter der Gemeinde Wien wird die Interessen der Stadt bei der Autobahn-Gesellschaft energisch vertreten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zwei neue Kindergärten

GR. Helene Potetz (SPÖ) berichtet über die Errichtung von zwei neuen Kindergärten im Hügelpark in Hietzing und in der Quadenstraße in Hirschstetten. Beide Objekte sollen in der Form des Kinderpavillons Type Auhof ausgeführt werden und umfassen zwei Gruppen mit den zugehörigen Nebenräumen.

Auf den Spielplätzen werden je ein Planschbecken, ein Pritscheltisch und eine Sandkiste vorhanden sein. Die Baukosten betragen je Kindergarten 800.000 Schilling, wovon je 150.000 Schilling in diesem Jahre bereitgestellt werden.

GR. Maller (LBl.) begrüßt die Errichtung dieser Kindergärten, verweist aber darauf, daß es derzeit in Hietzing nur einen städtischen Notkindergarten und überhaupt keinen Kinderhort gibt. In den Arbeitervierteln des 13. Bezirkes sollten ebenfalls Kindergärten errichtet werden.

Der Antrag der Berichterstatterin wird einhellig angenommen.

Über eine Abänderung der Flächenwidmung im 22. Bezirk zwischen der Straße der Roten Armee, dem Promenadenweg der Magdeburgstraße und der Gasse 1 berichtet GR. Fürstenhofer (SPÖ). Es handelt sich dabei nur um eine kleine unwesentliche Abänderung des bisherigen Bebauungsplanes. Der Zugang zu der sogenannten Lagerwiese soll nicht mehr von der frequentierten Straße der Roten Armee, sondern von einer Seitengasse her erfolgen.

GR. Hausner (LBl.) verlangt in einem Resolutionsantrag, daß auf dieser öffentlichen Lagerwiese in Neu-Kagran entsprechend dem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung ein Kinderfreibad und ein Jugendspielplatz eröffnet werden soll.

Außerdem tritt der Redner für eine durchgreifende Sanierung der Alten Donau ein, die in ihrer heutigen Verschlammung und mit ihren Schlingpflanzen eine Gefährdung der sporttreibenden Jugend bedeute. Er regt an, eine direkte Verbindung mit dem Donaustrom herzustellen.

Berichterstatter Fürstenhofer empfiehlt den Antrag Hausner zur Ablehnung und bemerkt, daß die Herstellung einer direkten Verbindung zwischen der Alten Donau und dem Donaustrom mit Rücksicht auf die Erbauung des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug gewisse Gefahren mit sich bringen könnte.

Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen; der Resolutionsantrag des GR. Hausner verfällt der Ablehnung.

Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs nach Heiligenstadt

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referiert schließlich über die Herstellung einer niveaufreien Kreuzung auf der Stadtbahnlinie nach Heiligenstadt. Während bisher die Kreuzung der beiden nach Heiligenstadt führenden Linien auf gleichem Niveau lag, soll künftig die Gürtellinie von der Donaukanallinie vor dem Bahnhof unterfahren werden. Die Kosten dieser Unterführung belaufen sich auf 4,5 Millionen Schilling.

GR. Dipl.Ing. Rieger (ÖVP) betont, daß der vorliegende Antrag von der Volkspartei freudigst begrüßt werde, denn er bilde den Ausgangspunkt für eine Verlängerung der Stadtbahn nach Floridsdorf. Die von der ÖVP schon bei den Budgetberatungen geforderte Verlängerung der Stadtbahnlinie nach Floridsdorf und Stammersdorf werde auch von Fachleuten befürwortet. So wurde in der Zeitschrift des Ingenieur- und Architekten-Vereines dieser Plan besonders vom sozialen Standpunkt empfohlen. Es werde schließlich doch notwendig sein, die Stadtbahn nach Floridsdorf zu verlängern. Dann werden 12 $\frac{1}{2}$ Millionen Schilling umsonst ausgegeben worden sein, da das Provisorium abgetragen werden müsse. (Widerspruch bei der SPÖ.) Die Fachwelt und die Bevölkerung ist ebenso wie die Presse und das Radioparlament für dieses Projekt. Es sollte sich daher auch der Wiener Gemeinderat dafür aussprechen, damit wir in kürzester Zeit dieses für die Floridsdorfer Bevölkerung so entscheidende Bauvorhaben durchführen können (Beifall bei der ÖVP.)

Berichterstatter Stadtrat Dkfm. Nathschläger bemerkt in seinem Schlußwort, es könne erwartet werden, daß bis zum Herbst 1954 der Wiederaufbau der Stadtbahnlinien nach Heiligenstadt fertig sein werde und der Bahnhof dem Betrieb übergeben werden kann.

Der Vorschlag, die Stadtbahn nach Floridsdorf zu verlängern, habe in der Bevölkerung eine günstige Aufnahme gefunden. Das Urteil der Bevölkerung habe nunmehr auch von Seiten der Fachleute eine sehr aufschlüsselnde Unterstreichung erfahren. (Stadtrat Resch: Sind Ihre Direktoren bei den Verkehrsbetrieben keine Fachleute? - GR. Dipl.Ing. Rieger: Die Direktion ist ja nicht dagegen!)

Die Fachleute bestätigen also die Notwendigkeit dieses Projektes. (Stadtrat Resch: Sie sagen nicht die Wahrheit! Was sagt Ihre Direktion?) Ich weiß, erwidert Stadtrat Dkfm. Nathschläger, wie die Direktion gelenkt und geleitet wird! (Stadtrat Resch: Dann ziehen Sie die Konsequenz und nehmen Sie sich Leute aus dem Ingenieur- und Architekten-Verein in die Direktion! Aber Sie können Ihre derzeitige Direktion nicht desavouieren!) Über dieses Urteil der Fachleute könne niemand mehr hinweggehen. Eine bloße negative Kritik interessiere die Bevölkerung nicht und werde von ihr leidenschaftlich abgelehnt.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger richtet abschließend an die sozialistische Fraktion die Aufforderung, dieses Projekt neuerlich sachlich zu diskutieren, wobei selbstverständlich Verkehrsfachleute sowohl der Direktion als auch von außenstehenden Stellen beigezogen werden sollen. Das Projekt der Verlängerung der Stadtbahnlinie nach Floridsdorf dürfe von der Tagesordnung des Wiener Gemeinderates nicht mehr verschwinden. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtsenates einstimmig angenommen.

GR. Winter (ÖVP) berichtete über einen Kaufvertrag zwischen der Stadt Wien und Dr. Walter und Hedwig Futter. Es handelt sich dabei um eine Liegenschaft in Ottakring im Ausmaß von 744 m².

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Eine Anfrage der ÖVP

Hierauf wird die von der ÖVP eingebrachte Anfrage, betreffend Einhebung der Getränkesteuer auf Verlangen der Antragsteller verlesen. In der Anfrage heißt es: Der Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, daß nachträgliche Vorschreibungen für die Getränkesteuer nur bis zu einem Jahr rückwirkend erlassen werden können. Es erscheint daher dringend geboten, Bescheide so abzuändern, daß sie der vom Verwaltungsgerichtshof festgestellten Rechtslage entsprechen. Angefragt wird, ob der Amtsführende Stadtrat für Finanzen veranlaßt hat, daß alle in Betracht kommenden Dienststellen mit diesem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vertraut gemacht wurden.

Der Vorsitzende GR. Marek teilt mit, daß die Beantwortung auf schriftlichem Weg erfolgen wird.

Alle übrigen der insgesamt 68 Tagesordnungspunkte wurden vom Wiener Gemeinderat ohne Debatte angenommen. Unter diesen Geschäftsstücken befanden sich auch der Umbau der Brücke über die Piesting in Moosbrunn; drei Subventionen in der Gesamthöhe von 78.000 Schilling, von welchen der Wiener Tierschutzverein 67.000 Schilling erhält; der Entwurf und die Kosten für die Instandsetzung der kriegszerstörten Schule in Wien 5, Gassergasse 44-46; die Errichtung eines Wohn- und Werkstattegebäudes für den Bau der neuen Wiener Stadthalle auf dem Vogelweidplatz; die Errichtung einer neuen Vibrostein-Erzeugungsanlage in Wien 3, Erdberger Lände 36; der Abbruch des alten Meidlinger Pferdemarktes; zahlreiche Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen; diverse Nachtragskredite sowie Ankäufe und Verkäufe.

Die Sitzung wurde um 14.45 Uhr geschlossen.